

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Konjunkturpolitik - Geldpolitik -  
Großbritannien - Polen - Welthandelssteuer**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: Konjunkturpolitik - Geldpolitik - Großbritannien - Polen - Welthandelssteuer, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 8, pp. 365-366

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135464>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Konjunkturpolitik

### Brauchen wir ein Konjunkturprogramm?

---

Kaum hat die seit längerem erwartete Abschwächung der Konjunktur begonnen, werden auch schon Forderungen nach neuen Konjunkturprogrammen laut. Dabei wird leicht übersehen, daß Bund, Länder und Gemeinden bereits seit 1977 auf Expansionskurs sind. Das Budgetdefizit der Gebietskörperschaften (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) stieg von 26,5 Mrd. DM im Jahre 1977 über 33,8 Mrd. DM 1978 auf 38,5 Mrd. DM 1979 und wird in diesem Jahr voraussichtlich 43 bis 45 Mrd. DM betragen. Im Jahre 1981 werden überdies über 10 Mrd. DM der kürzlich beschlossenen Steuererleichterungen in Höhe von 16,4 Mrd. DM wirksam werden. Daß dies ohne eine weitere Zunahme der staatlichen Neuverschuldung finanziert werden kann, ist kaum zu erwarten. Für die konjunkturellen Wirkungen der Finanzpolitik ist es dabei im Prinzip gleichgültig, ob die expansiven Impulse vom „normalen“ Haushalt oder von gesonderten Konjunkturprogrammen ausgehen.

Für die Stabilisierung des Vertrauens der privaten Wirtschaft in die Zukunft ist es allerdings schädlich, daß die finanzpolitischen Impulse mit einem nicht nur vorübergehenden, sondern dauerhaften Anstieg der Defizite verbunden sind. Man könnte die Forderung nach Konjunkturprogrammen wohlwollender prüfen, wenn der Staat unter Beweis gestellt hätte, daß er die Impulse für die Wirtschaft in guten Zeiten auch wieder abbaut. Da dies im Aufschwung 1978/79 nicht geschehen ist, ist es richtig, wenn sich der Finanzminister jetzt gegenüber dem Ruf nach dem Staat taub stellt – übrigens nicht nur in der Konjunkturpolitik, sondern auch dort, wo einzelne Unternehmen oder Branchen gegenüber ihren erfolgreicherer Konkurrenten ins Hintertreffen geraten. hä

## Geldpolitik

### Keine Wende

---

Erwartungsvoll blickte die Öffentlichkeit auf den Zentralbankrat, als er kürzlich zu seinem letzten Treffen vor der Sommerpause zusammentrat. Die Vermutung, die Bundesbank werde durch eine Senkung des Diskont- und Lombardsatzes einen geldpolitischen Kurs-

wechsel einleiten, erfüllte sich jedoch nicht. Statt dessen stellte die Notenbank den Kreditinstituten im Rahmen ihrer Offenmarktgeschäfte 5,4 Mrd. DM zu einem Zinssatz von 9,2 % für eine Frist von 25 Tagen zur Verfügung.

Diese Aktion ist allerdings nur als ein Glied in einer Kette von Maßnahmen zu sehen, mit denen die Bundesbank ihren geplanten monetären Kurs durchsetzt. Denn nur an der Entwicklung der Ziel- und Steuergröße Zentralbankgeldmenge ist abzulesen, ob die Geldpolitik der Notenbank expansiv oder restriktiv ist. Bis in die jüngste Zeit hielt die Bundesbank die Zinsen am Geldmarkt hoch, um die Expansion der Zentralbankgeldmenge an den unteren Rand des Zielkorridors von 5-8 % zu drücken. Bei nachlassender Konjunktur dürfte sich aber die Kreditnachfrage der Wirtschaft und damit auch die Nachfrage nach Zentralbankgeld sowieso abschwächen. Will die Notenbank vermeiden, daß die Expansion der Zentralbankgeldmenge den Zielkorridor unterschreitet, so wird sie – wie jeder andere Anbieter eines Gutes – den Preis ihres Produkts, d. h. in diesem Falle die Zinsen, senken müssen.

Auch dann könnte man aber noch nicht von einer Wende in der Bundesbankpolitik sprechen; denn es geht in diesem Fall nicht um eine Beschleunigung der monetären Expansion. Vielmehr muß die Notenbank, wenn sich die Konjunktur weiter abschwächt, der Wirtschaft Zentralbankgeld billiger anbieten und möglicherweise sogar aufdrängen, um ihren bisherigen Kurs beibehalten zu können. gm

## Großbritannien

### Regierung unter Erfolgszwang

---

Verglichen mit der britischen Wirtschaftspolitik bis zu den Wahlen im vergangenen Sommer ist der weitgehend monetaristische Kurs der jetzigen Regierung radikal und dogmatisch. Und auf mittlere Sicht sind die hieran geknüpften Erwartungen vermutlich zu optimistisch. Realistisch hingegen war die Prognose einer Stabilisierungskrise, die die Regierung bei der Amtsübernahme gab. Großbritannien befindet sich inzwischen in einer Rezession, die die Arbeitslosenzahl auf den höchsten Stand seit 1936 steigen ließ. Unruhe breitet sich nun nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern sogar im Kabinett aus. Selbst die Unternehmer, die dem neuen Kurs zunächst zustimmten, sich inzwischen aber – soweit sie nicht der Ölbranche angehören – in einer ausgesprochenen Ertragsklemme befin-

den, halten mit Kritik nicht zurück. All dies hat nun wohl doch eine gewisse politische Wirkung gezeitigt: Den am stärksten von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Regionen wurden Stützungsmaßnahmen zugesagt.

Die Regierung hat dabei jedoch das Gesicht gewahrt: Regionalpolitische Förderung ist ja keine Konjunkturpolitik. Erleichtert wurde der Verzicht auf weitergehende Maßnahmen wohl dadurch, daß sich nunmehr Stabilisierungserfolge an der Lohn- und Preisfront abzeichnen. Wenn es hier aber zu erneuten Rückschlägen kommt, wird die Regierung beispielsweise ihre einkommenspolitische Enthaltensamkeit aufgeben müssen. Schon jetzt könnte das britische Experiment zu einem Standardbeispiel für den Grundsatz werden: Auch ein wirtschaftspolitisches Konzept mit an sich hohen Erfolgchancen unterliegt, als Schocktherapie angewendet, einer beachtlichen Gefahr, wegen einer zunächst unvermeidlichen radikalen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in den Augen der Öffentlichkeit so diskreditiert zu werden, daß es nicht bis zum Erfolg durchgehalten werden kann. wt

---

## Polen

### Streikbeilegung nach altem Muster

---

Die jüngsten Preisanhebungen für Fleischwaren in Polen kamen bei einer Subventionierung der Lebensmittel, die im letzten Jahr mit 148 Mrd. Zl fast 10 % des Volkseinkommens ausmachte, nicht unerwartet. Wiederum konnten sie jedoch der Bevölkerung nicht verständlich gemacht werden. Die Folge waren Arbeitsniederlegungen.

Zunächst schien es, als ob dieses Mal alles anders verlaufen würde. Die Streiks hatten nicht mehr den Charakter eines spontanen, unkontrollierbaren Zornausbruchs, der sich in seiner Ohnmacht gegen alles richtete und der das ganze Staatsgefüge zu gefährden drohte, sondern eher den Charakter eines dosiert eingesetzten Mittels, das die Durchsetzung einer klar umrissenen Forderung unterstützen sollte. Auch die Regierung ließ zunächst weder, wie 1970 und 1976, in Panik ihr Vorhaben fallen, noch versuchte sie, wie 1956 in Posen, mit Gewalt die Streiks zu unterdrücken. Sie nahm vielmehr eine mittlere Position des Verhandels mit den Streikenden ein. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob Arbeitsniederlegungen allmählich als ein Instrument zur Konfliktlösung in der polnischen sozialistischen Gesellschaft anerkannt würden.

Doch dann kam alles anders. Die Streiks weiteten sich aus, und die Staatsführung ging zu Drohungen

und Einschüchterungen über. Was nach einer neuen Formel der Konfliktlösung abseits der „verstaatlichten“ Gewerkschaften aussah, wurde wieder rückgängig gemacht. Die Ursache mag darin zu suchen sein, daß beiden Seiten letztlich noch das Gefühl für das Machbare fehlt. ef

---

## Welthandelssteuer

### Heißes Eisen

---

Nachdem sich bereits die Nord-Süd-Kommission ausführlich mit weltweiten Steuern als einem Instrument der Entwicklungshilfe befaßte und die Entwicklungsländer in zahlreichen UN-Gremien auf automatisch wirkende Mechanismen zur Finanzierung der Entwicklungshilfe drängen, hat jetzt der UNCTAD-Ausschuß für Finanzen das Thema Welthandelssteuer auf die Tagesordnung gesetzt. Allerdings ist ein schneller Durchbruch bei den Verhandlungen über diese äußerst kontroverse Frage nicht zu erwarten.

Eine automatische Finanzierungsregelung befreit zwar die Entwicklungsländer von jährlich neuen und nicht immer erfolgreichen Verhandlungen um den Ressourcentransfer. Wie die Einnahmen aus einer Welthandelssteuer aber auf die einzelnen Empfängerländer verteilt und wie sie mit deren zum Teil geringen Absorptionsfähigkeit abgestimmt werden können, darüber gibt es unter den Begünstigten noch keine verbindlichen Vorstellungen. Wenig Verständnis wird auch die Forderung der Entwicklungsländer bei den Industrieländern finden, Welthandelssteuern als Instrument der Konjunkturpolitik einzusetzen, da sie nicht den unterschiedlichen Konjunkturverläufen in den einzelnen Ländern Rechnung tragen können. Schließlich entscheiden über die Wirkungen einer solchen Steuer die Bemessungsgrundlage und die Tarife. Und hierüber gibt es bisher nur verschwommene Vorschläge, wie z. B. die Besteuerung von Luxusgütern oder erschöpfbaren Rohstoffen.

Doch nicht nur wirtschaftliche Überlegungen, sondern auch politische Aspekte stellen die Welthandelssteuer in Frage. Die Begründung der Entwicklungsländer, durch die Einführung einer Welthandelssteuer den Einfluß der bestehenden oder unter Umständen neu zu schaffenden internationalen Organisationen zu stärken, stößt auf den Widerstand der Industrieländer, da nach deren Ansicht die Effizienz der internationalen Gremien im Bereich des Ressourcentransfers gering ist. Daher dürften der UNCTAD heiße Debatten bevorstehen. me